

Heinz-J. Bontrup

Diskreditierter Staat

In der Welt läuft die Politik der Marktradikalen weiter auf eine Privatisierung und damit auf eine Zurückdrängung des Öffentlichen, des in die Wirtschaft intervenierenden Staates und des Sozialen hinaus.

Dies zeigen nicht nur die hartnäckigen Bestrebungen zur Umsetzung der Freihandelsabkommen Ceta und TTIP, sondern auch die politischen Bemühungen um öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) für zukünftige staatliche Investitionen in die Infrastruktur. Zuvor wurden schon die Märkte, selbst die Arbeits- und Finanzmärkte, in einem politisch-neoliberalen Wahn dereguliert und liberalisiert.

Das Wolfsgesetz der Konkurrenz soll überall herrschen, an dessen Ende noch mehr Kapitalkonzentration und in Folge noch mehr privatwirtschaftliche Macht von ein paar Unternehmensgiganten auf uns warten und schließlich die Demokratie zerstört wird. Dies scheint ganz im Interesse von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zu sein, schließlich fordert sie eine „marktkonforme Demokratie“. Der Sozialstaat und zum Wohle aller zur Intervention in die Märkte verpflichtete Staat – nicht zuletzt wegen der Unfähigkeit der privaten Wirtschaft, eine Krise bekämpfen zu können – soll zum Duktus eines ausschließlichen marktkonformen und wettbewerbsorientierten Denkens „schlank“ gemacht werden. Dazu wird der Staat als „Kostgänger“ und „Störenfried“ der privaten Wirtschaft diskreditiert.

Nachdem die neoliberalen Herrschaftseliten es geschafft haben, in der primären Verteilung der Markteinkommen die Bruttolohnquoten zugunsten der Bruttogewinnquoten zu senken, wollen sie sich ihre Mehrwertbeute natürlich nicht durch staatliche Steuern und Abgaben wieder wegnehmen lassen. Im Gegenteil: Deshalb wurden die Gewinn-, Einkommens- und Vermögenssteuern drastisch gesenkt und die Vermögenssteuer sogar ausgesetzt. Was so für den Staat bei den direkten Steuern ausfiel, wurde bei den indirekten (einkommens-, gewinn- und vermögensunabhängigen) Verbrauchssteuern (insbesondere bei der Mehrwertsteuer) zum weiteren Nachteil der Einkommensschwachen mehr erhoben. So haben die Neoliberalen in ihrem Interesse alles richtig gemacht und sich unverschämt bereichert. Den Staat, die Gesellschaft, haben sie aber immer mehr in Arm und Reich aufgespalten. Und sie hören nicht auf damit!

Zuerst erschienen in: Frankfurter Rundschau am 9. April 2015